



Die große Garagen-Schlacht

Viele Kommunen im Nordosten setzen die Preise für Garagen herauf. Damit sind die Bürger nicht einverstanden. In einer Gemeinde gründete sich sogar eine Käufergemeinschaft.

Von Fabian Beyer

NEUBRANDENBURG/PRENZLAU. Obwohl sie im Grunde nur eine überdachte, abschließbare Abstellmöglichkeit für das Fahrzeug ist, sorgt die Garage momentan für großen Gesprächsstoff in der Region. Nachdem die Einwohner den Raum selbst gebaut und viel Arbeit in ihn gesteckt haben, sind sie nun „total entsetzt“ oder sprechen von einer „Riesensauerei“. Denn mehrere Städte verlangen höhere Gebühren für Garagen.

Während viele Bürger protestierten, gründete sich in Damerow schon vor zwei Jahren eine aus drei Personen bestehende Käufergemeinschaft. Ausgangspunkt war, dass die Pacht um das Vierfache von jährlich 30 Euro auf dann 120 Euro angestiegen ist. „Um diese drastische Erhöhung erträglicher zu gestalten, keimte der Gedanke zum Kauf auf“, erinnert sich Stefan Henke, einer der betroffenen Garagennutzer. Der Kaufantrag der Gruppe sei im November 2015 genehmigt worden. Einen Monat später machte das zuständige Amt Uecker-Randow-Tal konkrete Preisvorschläge – im

April 2016 habe es aber den doppelten Preis verlangt, so Henke. Anderer Meinung ist Dagmar Helwig, Leiterin der Finanzabteilung und Bauverwaltung im Amt Uecker-Randow-Tal: „Wir haben lediglich einen Richtwert genannt. Die Finanzhoheit hat letztlich die Gemeindevertretung Rollwitz.“ Zudem sei nie die Rede von einer verbindlichen Zusage zum Kauf gewesen.

Der Kauf der Garage entwickelte sich zu einer Art Hürdenlauf. Nachdem sich beide Parteien zu den teureren Bedingungen der Gemeinde geeinigt hatten, folgte der nächste Streitpunkt. Bis zum Kauf sei die Pachtzahlung für Henke und seine Mitstreiter ausgesetzt worden. Und jetzt im Februar „droht man mit Vollstreckung gegen unbescholtene Bürger“, so Henke. Auch das verneint Helwig. „Die Pacht ist nie ausgesetzt worden. Solange eine Fläche genutzt wird, muss dafür gezahlt werden“, meint die Beamtin. Wenn keine Pachtzahlung eingehe, müsse das Amt die Einnahmen auf anderem Wege einholen. Zuvor werde eine Erinnerung und anschließend eine Mahnung

versandt. Erst dann folge die Vollstreckung. „Aber die haben wir noch nicht eingeleitet“, beteuert Helwig.

In anderen Städten der Region wurde die Stellplatzgebühr für Garagen auf städtischem Land ebenfalls erhöht: Die Stadtvertreter in Pasewalk beschloss das bereits zum zweiten Mal. Innerhalb von 24 Monaten hat sich die Gebühr verdoppelt (siehe Infokasten). Wie lange die Summe kassiert wird, bleibt indes noch offen. Denn die Stadtver-

treter verständigten sich darauf, das Thema alle zwei Jahre neu zu verhandeln, heißt es aus dem Rathaus.

Mehr Miete fördert Sicherheit und Infrastruktur

Die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (Neuwoges) plant, die Garagennutzer ab dem kommenden Jahr mit neuen Mietverträgen deutlich stärker als bisher zur Kasse zu bitten. Für Garagennutzer bedeutet das eine Verfünfachung. „Ab 1. Januar werden

wir für die betroffenen Standorte vollumfänglich allein verantwortlich sein“, so Neuwoges-Geschäftsführer Frank Benischke. Die höhere Miete solle auch für Investitionen in die Sicherheit und Infrastruktur genutzt werden.

„Wir haben uns im Vorfeld in anderen Städten umgesehen, wie hoch dort die Pachten sind, und dabei festgestellt, dass wir weit darunter liegen“, sagt Uecker-Randow-Tal Vizebürgermeister Jürgen Kliewe. Deshalb plant das Rathaus, die Gebühren anzuheben. Er räumt ein, dass dies vor allem dazu diene, mehr Geld in die Haushaltskasse zu spülen. Aber vorerst ist der Plan der Verwaltung gescheitert. Im Bauausschuss konnte keine Mehrheit gefunden werden.

Derartige Pläne gibt es in Anklam nicht, erklärt Susanne Bluhm, Geschäftsführerin der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts GmbH Anklam. Garagenverträge seien bei dem Unternehmen individuell – die Kosten der einzelnen Verträge unterscheiden sich also. Einen generell gültigen Preis könne Bluhm nicht nennen.

Die Stadtverwaltung in Waren beabsichtigt nicht, die Gebühren aufzustocken, teilt Liane Klischewsky von der Stadt an der Müritz mit. Ohnehin ist die Stadt nicht weit weg von jenen, die die Gebühren erst jetzt anheben. Nach der letzten Anpassung im Jahr 2012 sieht auch die Stadt Prenzlau derzeit keine Veranlassung, die Mietbeziehungsweise Pachtgebühr für Garagen zu erhöhen, informiert Alexandra Martinot, Sprecherin der Stadt.

Bis vor wenigen Tagen sah es bei der Käufergemeinschaft aus Damerow nicht nach einer Einigung aus. „Im Moment hängt wieder alles in der Luft“, glaubte Stefan Henke. Mittlerweile konnten die Differenzen laut Dagmar Helwig, Leiterin der Finanzabteilung und Bauverwaltung im Amt Uecker-Randow-Tal, aber ausgeräumt werden. Die Käufergemeinschaft muss sich um den Vermesser kümmern. Hat dieser seine Arbeit erledigt, folgt der Notartermin. „Dann ist der Fall abgeschlossen“, sagt Helwig.

Kontakt zum Autor
fbeyer@nordkurier.de



Stefan Henke ist einer der betroffenen Garagennutzer. Er wollte die stark gestiegene Pacht nicht hinnehmen. FOTO: RAINER MARTEN